

PREISE RUNTER MIETEN RUNTER LOEHNE HOCH ★

Mieten – die übersehene Krise

Preiserhöhungen, Energiekrise, Lohn- drückerei, Klimakrise – bei all den drängenden Problemen und den Zumutungen mit denen wir uns konfrontiert sehen, bleibt eine sich langsam aber stetig verschlimmernde Krise derzeit im Hintergrund: die immer weiter steigenden Mieten.

Dabei ist es überall das Gleiche: Egal ob Berlin, Hamburg, München, Köln, Bielefeld, Leipzig oder Dresden – die Mietpreise kennen nur die Richtung nach oben. So sind die Mieten in Berlin in den letzten zehn Jahren um 100% gestiegen, in Hamburg seit 1999 um 59,3% – alleine letztes Jahr um 7,3%. Gleichzeitig werden Massenhaft Sozialwohnungen an Konzerne verschleudert – allein Berlin hat über die Hälfte des Bestands seit dem Mauerfall zu Spottpreisen an Investoren abgegeben. Hinzu kommt, dass die Preisbindungen für Sozialwohnungen überall auslaufen und sich so der Bestand von günstigem Wohnraum zusätzlich verringert. In Hamburg: 350.000 Sozialwohnungen gab es in den 80er Jahren, drei Viertel davon sind inzwischen aus der Preisbindung gefallen.

Die Politik verspricht uns immer wieder, dem Problem mit mehr und mehr Neubau Herr zu werden. Doch wir brauchen die Wohnungen jetzt und nicht in zehn

Jahren! Und gebaut werden zum Großteil Luxusquartiere – es werden nicht mal im Ansatz genug Wohnungen als Sozialwohnungen geplant. Die gebetsmühlenartige Rede vom Neubau geht an der Realität vorbei. Es ist bereits genügend Wohnraum vorhanden – wir können ihn uns nur nicht leisten. Der Wahnsinn vom Neubau verfolgt nur ein Ziel: Profite von Konzernen zu erhöhen.

Die sich stetig zuspitzende Krise der Mieten geht einher mit den immer weiter ansteigenden Preisen von Strom, Gas und Lebensmitteln, was das Wohnen und Leben zunehmend schwerer macht. Denn die Löhne steigen nicht oder nur sehr gering.

Zumindest für die Mieten gab und gibt es konkrete Lösungen, die im Prinzip von jetzt auf gleich umsetzbar wären. Der Berliner Senat führte im Januar 2020 den sogenannten Mietendeckel ein, der einen weiteren Anstieg verhinderte. Im Januar 2021 entschied das Bundesverfassungsgericht, das Land Berlin hätte seine Kompetenzen überschritten, da ein solches Gesetz Bundessache sei und hob den Mietendeckel auf. Ein bundesweiter Mietendeckel muss genau jetzt eingeführt werden. Darüber hinaus – gab und auch noch wesentliche besser – gab es soziale Bewegungen, die sich für Lö-

sungen vom Mietproblem eingesetzt haben. Die Initiative *Deutsche Wohnen und Co enteignen* aus Berlin schaffte es eine Volksabstimmung in Berlin durchzusetzen, bei der die absolute Mehrheit der Menschen für die Enteignung großer Immobilienkonzerne stimmte. Die Politik unternimmt jedoch weiterhin nichts. In Hamburg startet mit *Hamburg enteignet* gerade eine ganz ähnliche Initiative. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch eine Abstimmung in Hamburg zu dem Ergebnis führen würde, dass die Menschen sich Enteignungen von Konzernen wünschen, die mit unserem Bedürfnis nach Wohnraum Geld verdienen. Doch wird auch hier die Politik untätig bleiben – solange die Menschen ihrem Wunsch nicht mit Protest und Streiks Nachdruck verleihen.

Enteignung ist machbar. Sie hilft Millionen die durch dieses System der Krisen in ihrer Existenz bedroht sind und sie schadet niemandem, außer Großkonzernen die ausbeuten. Allerdings können wir uns nicht darauf verlassen, dass die Politik uns helfen wird – Lobbyinteressen und Politikaste gehen Hand in Hand. Im besten Fall gehen wir einen Schritt weiter und überführen den Wohnraum in den Besitz derjenigen, die ihn nutzen und entziehen ihn gänzlich jedem Profitinteresse, auch dem staatlichen.

Preiserhöhungen stoppen – Kompensation schaffen!

12 Forderungen um den aktuellen Preiserhöhungen nachhaltig etwas entgegen zu setzen und einen sozialen Ausgleich zu schaffen.

1 Das Energiewirtschaftsgesetz muss reformiert werden! Der Verkauf von Strom an der Börse muss unterbunden werden, der Strom sollte zum Preis zu dem er erzeugt wird an die Verbraucher abgegeben und die Stromproduktion und -verteilung wieder unter lokale Verwaltung gestellt werden. Die Abnahme von teuer produzierten Strom ist zu subventionieren. Erneuerbare Energien – die mitunter am günstigsten Strom erzeugen – müssen ausgebaut und subventioniert werden.

2 Die Kontrolle der Benzinpreise durch die Mineralölkonzerne muss gebrochen werden! Bereits vor 10 Jahren hat das Bundeskartellamt festgestellt, dass die Konzerne ihre Macht ausspielen um unverhältnismäßig hohe Preise willkürlich festzulegen. Nicht eine Steuersenkung schafft hier Entlastung – das vergrößert nur die Gewinne der Konzerne – sondern eine festgelegte und sozialverträgliche Preisobergrenze.

3 Lohnerhöhungen über den Inflationsausgleich hinaus in allen Bereichen! Die Inflationsrate lag im August 2022 bei 7,9%. Die Lohnerhöhungen sollten nicht nur die Preissteigerungen abfedern, sondern auch soziale Sicherheit bieten, weshalb sie bei mindesten 17% liegen müssen – in allen Branchen.

4 Sachmittelgutscheine für alle Arbeiter! Die Unternehmen können, ohne Sozialabgaben zahlen zu müssen, Sachmittelgutscheine für Lebensmittel oder Benzin bis zu 50€ an die Angestellten ausgeben, die Gutscheine müssen nicht versteuert werden. Je nach Bedürfnis sollten alle frei wählen, welche Form von Sachleistungen sie von den Firmen beziehen wollen.

5 Erhöhung der Sozialleistungen! Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II müssen deutlich angehoben werden. Das ALGI sollte dabei dem vorherigen Nettoeinkommen angeglichen werden. Der ALGII (bzw. Bürgergeld) Regelsatz muss um mindestens 400€ angehoben werden, die verbliebenen Sanktionen müssen abgeschafft werden. Die Sätze für Mieten und die Größe der Wohnung, die bezogen werden dürfen, müssen angehoben werden. Ebenso muss Wohngeld einfacher zugänglich gemacht und die Sätze angehoben werden.

6 Das Bafög muss erhöht werden! Die Leistungen reichen hinten und vorne nicht, Studierende sind hierdurch gezwungen, neben einem Vollzeitstudium noch in prekären schlecht bezahlten Jobs zu arbeiten. Der Bafög-Satz muss drastisch nach oben korrigiert werden, auf 1300€ (mit eigener Wohnung und eigener Krankenversicherung) bzw. 1000€ (mit Wohnsitz bei den Eltern und Familienversicherung).

7 Lebensmittelpreise müssen gedeckelt werden! Die Preise für Lebensmittel sind um 14,8% gestiegen, es muss ein Preisdeckel festgelegt werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen sich angemessen ernähren können.

8 Her mit dem bundesweiten Mietendeckel! Das Modell, welches in Berlin auf Landesebene eingeführt, allerdings durch die Gerichte ausgehebelt wurde, muss nun bundesweit eingeführt werden. Es konnte in Berlin nicht langfristig greifen, da es Bundes- nicht Landessache ist. Jetzt ist genau der Zeitpunkt, an dem wir einen bundesweiten Mietendeckel brauchen.

9 Kostenloser ÖPNV für alle! Der öffentliche Nahverkehr muss allen Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen und weiter ausgebaut werden. Die zahlreichen Bahnlinien die in den 90er Jahren in Ostdeutschland (teilweise auch in Westdeutschland) stillgelegt wurden, müssen wieder in Betrieb genommen werden.

10 Förderung ökologischer Landwirtschaft! Der weitere Ausbau ökologischer Landwirtschaft sollte gefördert werden. Nicht nur über Gesetzesnovellen aus Brüssel, sondern aktiv durch Unterstützung der Bauern. Zudem muss die Preisdiktion durch Supermarkt-Kartelle gebrochen werden.

11 Keine 100 Milliarden fürs Militär! Statt so viel Geld in die Rüstungsindustrie und den Apparat der Armee zu pumpen, muss das Geld genutzt werden um die oben genannten Forderungen zu finanzieren und um dringend notwendige Investitionen im Bildungssektor zu tätigen.

12 Vermögensteuer wieder eintreiben! Die Vermögensteuer wurde nie abgeschafft. 1997 entschied sich die Regierung nur dazu, sie nicht weiter zu erheben – statt wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, Immobilienvermögen stärker zu besteuern. Die Vermögensteuer muss wieder erhoben werden – und zwar an die Entwicklungen angepasst, also deutlich höher als früher. So lassen sich die sozialen Ausgleichszahlungen problemlos finanzieren.

Der Mythos der Lohn-Preis-Spirale

Oder: warum alles teurer wird

Die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale ist real“, sagte gerade erst der Finanzminister Christian Lindner. Was er meint, ist einfach erklärt: Nun, wo die Benzin- und Ölpreise steigen, beinahe schon unbemerkt auch die Preise für Brot und allerlei andere Lebensmittel und Konsumgüter, würden wir Gefahr laufen, dass Menschen auf Grund dieser Entwicklung höhere Löhne fordern (und sie auch bekommen) – was die Preise nur weiter ansteigen lassen würde; dadurch würde die Inflation vorangetrieben und schlussendlich der Euro entwertet. Da kommen Bilder aus der Weimarer Republik vor dem inneren Auge auf, wo ein Laib Brot an einem Tag 1000 und am nächsten 10.000 Reichsmark kostete.

Es ist also durchaus ein beunruhigendes Szenario, das uns Lindner da ausmalt. Wesentlich beunruhigender als den Gürtel – in Solidarität mit der Ukraine – zumindest eine Weile etwas enger zu schnallen. Der Markt regelt das schon und irgendwann (so zumindest das unausgesprochene Versprechen der bürgerlichen Ideologie) würden die Preise wieder sinken. Doch was ist dran an dem Versprechen oder überhaupt an der Vorstellung einer Lohn-Preis-Spirale? Steigen die Preise wirklich weiter, wenn wir einfordern, unseren Lebensstandard zu halten? Sind wir dann egoistisch, sollten wir uns nicht zurücknehmen – immerhin sind wir nicht in der Ukraine, also nicht im Kriegsgebiet? Ist nicht genau jetzt die Zeit, um zusammenzustehen und diese schwere Zeit gemeinsam durchzuhalten, hindern uns nicht diese egoistischen Forderungen nach höheren Löhnen und Entlastungen genau daran?

Egal ob es der Krieg in der Ukraine ist oder irgendeine andere Krise oder Katastrophe – nahezu alles, was zu irgendeiner – und sei es nur vorübergehenden – Knappheit irgendwelcher Güter führen könnte, lässt die Preise steigen. Ist die Krise dann vorüber, haben wir es also kollektiv durchgestanden, sinken sie trotzdem nicht wieder auf das ursprüngliche Niveau. Das liegt nicht daran, dass Lohnerhöhungen die Preise der Güter in die Höhe treiben würden – einzig das Profitstreben der Konzerne ist es. Das wusste auch schon Marx. Diese kapitalistische Propaganda, die auf nichts anderes als eine Schwächung der Klassenkämpfe zielt, hat er schon 1865 in dem Text Lohn, Preis und Profit Lügen gestraft.

Nach Marx verhält es sich mit den Löhnen und Preisen wie folgt: Es erfolgt eine Erhöhung von Rohstoffpreisen (durch Krisen, Krieg oder sonst was), was zur Folge hat, dass die Unternehmen tatsächlich mehr in die Produktion investieren müssen, um am Ende die gewollte Ware zu erhalten. Durch die Preissteigerung erfolgt also eine Erhöhung dessen, was KapitalistInnen zur Produktion aufwenden müssen und eine Steigerung des Werts der Ware. Dieser setzt sich zusammen aus dem, was alles zur Produktion einer Ware notwendig ist, also Rohstoffe, Arbeitskraft und Arbeitszeit, Maschinen, deren Wartung, Mieten usw. Der steigende Verkaufspreis gleicht sich dem gestiegenen Wert des Produkts an. Soweit scheint es nichts besonderes und nachvollziehbar zu sein. Versteckt erfolgt jedoch mit der Preissteigerung der Rohstoffe und der Steige-

rung der Preise der Waren auch eine Absenkung der Produktionskosten.

Das wird nur verständlich, wenn wir betrachten, wie KapitalistInnen Profit machen. Der Gewinn, der beim Verkauf von Waren erzielt wird, kommt nicht dadurch zustande, dass diese über ihrem Wert verkauft würden. Er entsteht aus der Arbeitskraft, die wir ArbeiterInnen in die Produktion stecken – über jenen Teil, den wir nicht bezahlt bekommen.

Aber wer würde hierzulande denn ohne Lohn arbeiten? Verständlicherweise niemand und doch tun es alle. Denn was wir als Lohn für unsere Arbeitskraft bekommen, ist immer weniger als wir letztlich für die Unternehmen veräußern. Der Lohn orientiert sich, etwas vereinfacht ausgedrückt, an zwei Faktoren: Zum einen muss er ausreichen, um unser physisches Überleben zu sichern, zum anderen muss er einem gewissen gesellschaftlichen Lebensstandard genügen. Letzteres ist selbstverständlich extrem variabel (Ersteres streng genommen auch, findet die Grenze aber immer am Tod). Verkaufen wir unsere Arbeitskraft – egal ob in einer Fabrik, einem Geschäft oder im Büro – werden wir immer nur gezahlt bekommen, was uns das Überleben auf einem in dieser Gesellschaft mehr oder weniger zumutbaren Niveau sicherstellt, nicht was wir wirklich an Wert zur Produktion beitragen. Wir verkaufen unsere Ware Arbeitskraft also unter Wert. Aus dem, was wir sozusagen unentgeltlich zur Produktion abgeben, erzielen die KapitalistInnen den Profit bzw. den Mehrwert. Anschaulich ist es, wenn in einer Stunde Arbeit Waren im Wert von 20€ hergestellt werden, der Stundenlohn aber nur 10 € beträgt, also grob das was als Mindestlohn zur Existenzsicherung definiert wurde. Dann haben wir für einen Profit von 100% der KapitalistIn gesorgt bzw. sind um die Hälfte unserer Arbeitskraft betrogen worden. In dem Beispiel sind natürlich lauter relevante Faktoren der komplizierten Wirklichkeit ausgespart, das Prinzip ist aber immer genau dieses.

Würden die Preise, zu denen Waren verkauft werden, bei einer Steigerung der Rohstoffpreise konstant bleiben, würde das den Gewinn der KapitalistInnen deutlich schrumpfen lassen. Für die KapitalistInnen stellt das eine nicht hinnehmbare Situation dar. Werden die Löhne von uns ArbeiterInnen nicht auch angepasst, bedeutet das, dass die Produkte teurer werden und die Konzerne



mehr Profit machen, wir aber verarmen, weil unsere Lebenshaltungskosten steigen, unsere Gehälter aber stagnieren.

Dabei befinden wir uns in einer lose-lose Situation, während die KapitalistInnen ihren Gewinn nur vergrößern. Der Grund dafür ist, dass die Preise der Waren angehoben werden, um so auf der einen Seite den drohenden Verlust bzw. die Befürchtung, etwas weniger Gewinn zu machen, abzuwenden. Auf der anderen Seite verteuern sich aber durch die Anhebung der Warenpreise auch die Kosten für unser Überleben bzw. die Erhaltung unseres Lebensstandards. Bleiben Lohnerhöhungen aus, wird der Preis für unsere Arbeitskraft gedrückt – er ist schließlich auch gestiegen, da wir mehr Geld zum Leben brauchen. Damit vergrößert sich der Mehrwert, also der Gewinn der KapitalistInnen nicht trotz, sondern wegen steigender Rohstoffpreise. Denn werden unsere Löhne nicht angehoben, obwohl die Preise der Waren durch steigende Rohstoffkosten nach oben gehen, vergrößern die Kapitalisten ihren Gewinn überproportional, da sie weniger als notwendig dafür ausgeben. Sie sparen ja an unseren Löhnen.

Eine lose-lose Situation ist es, weil wir nicht nur mehr Geld für alles mögliche bezahlen müssen, sondern gleichzeitig der Preis unserer Arbeitskraft abgewertet wird. Der Gewinn, den KapitalistIn-

nen erzielen, ist nie abhängig von Rohstoffpreisen oder ähnlichem, da sich hieraus niemals der Mehrwert gewinnen lässt, der den Profit ausmacht. Den gibt es immer nur dadurch, dass nicht der Wert der Arbeitskraft entlohnt wird, sondern nur das, was wir zum Überleben benötigen. Oder nach Marx: der Mehrwert oder Profit entsteht durch die Aneignung fremder Arbeit. Würden unsere Löhne entsprechend den steigenden Preisen angehoben werden, würde dies nicht weiter die Preise in die Höhe treiben, sondern lediglich den Profit auf dem bisherigen Level halten. So wird der Profit unter dem Vorwand steigender Rohstoffkosten in die Höhe getrieben – alles auf unseren Rücken.

Es lässt sich also relativ einfach zeigen, dass das Gespenst der Lohn-Preis-Spirale völliger Unsinn ist. Umso mehr muss es von den VertreterInnen der herrschenden Klasse beschworen werden. Und das Verrückte ist – viele Menschen glauben daran. Vor allem, umso weniger sie sich von den Auswirkungen der steigenden Preise und damit der steigenden Ausbeutung betroffen fühlen. Hierzu nur eine kleine Anekdote, die ein wenig bebildert, wie die Propaganda gerade bei den BesserverdienerInnen verfährt.

Ich arbeite in einem Krankenhaus, also einem Ort, an dem schlechte Löhne, hohe Arbeitsbelastung und schlechte Ar-

beitsbedingungen ohnehin an der Tagesordnung sind. Nachdem sich vermehrt Unmut – vor allem über die steigenden Benzinpreise – breit machte, besonders in der Pflege, konnte die MitarbeiterInnenvertretung dazu bewegt werden, einen offenen Brief (den jede im Krankenhaus beschäftigte Person per Mail erhielt) an die Geschäftsleitung zu schicken, in dem diese dazu aufgefordert wurde, die steigenden Lebenshaltungskosten mit steuerfreien Sachmittelgutscheinen (also für Benzin und/oder Lebensmittel) zu kompensieren. Die Geschäftsleitung reagierte überhaupt nicht auf dieses Schreiben. Sehr viele KollegInnen (wieder vor allem aus der Pflege) fanden die Idee allerdings sehr gut. Lediglich aus Berufsgruppen mit einem besonders hohem Einkommen gab es negatives Feedback: Wir sollten alle mal froh sein, dass wir nicht in der Ukraine seien. So wird die Solidarität mit Menschen im Kriegsgebiet gegen die Interessen der ArbeiterInnenklasse ausgespielt – ganz so wie die mit moralischem Druck angereicherte Propaganda und verbreitete Angst vor der Lohn-Preis-Spirale es auch soll.

Frederik Fuß

Energieversorgung kommunalisieren!

Seit 1998 ist die durchschnittliche monatliche Stromrechnung für einen Haushalt in Deutschland um 112% gestiegen. Zum Vergleich: 1998 kostete eine Kilowattstunde im Schnitt 17,11 Cent, 1998 waren es bereits 29,47 Cent und im Frühling diesen Jahres dann 35 Cent. Die konstante Teuerung der Strompreise ist keine direkte Folge des Krieges, sie ist durch einen politischen Prozess forciert worden – in Krisenzeiten wird dies nur besonders sichtbar.

Es begann 1998 mit der Reform des Energiewirtschaftsgesetz. Ziel war dabei den Strommarkt zu liberalisieren und die regional begrenzten Energiemonopole abzuschaffen. Die Unternehmen, die bisher Produktion und Verkauf unter einem Dach organisierten, mussten nun für jeden Bereich eigene Gesellschaften gründen und konnten nicht mehr als alleinige Versorger in der Region auftreten – so konnte man dann auch in den frühen 2000er Jahren erstmals den Stromanbieter wechseln.

Liberalisierung gegen Monopole

Im Zuge dieser „Liberalisierung“ wurden alle Stromproduzenten gezwungen

ihren Strom an der Börse zu verkaufen. Dabei richtet sich der Verkaufspreis an der Börse, an den sich alle Anbieter halten müssen, allerdings nicht nach dem günstigsten Anbieter, sondern nach dem Teuersten. Durch die Bezuschussung erneuerbarer Energien (durch die EEG-Umlage) und eine Abnahmegarantie für diese, sollte ein Wettbewerbsnachteil dieses Sektors ausgeglichen werden und zudem der Strompreis an der Börse gedrückt werden, denn: die teuren Anbieter kommen überhaupt nur zum Zug, wenn die Günstigeren den Bedarf nicht bereits gedeckt haben. Sprich, wenn Ökostrom, Atomstrom und Kohle (die alle günstig produzieren) den Strombedarf abdecken, können die teuren Anbieter (Strom aus Gas) ihre Ware gar nicht mehr an der Börse anbieten, somit gäbe es einen günstigen Preis.

Die Realität sieht allerdings so aus, dass der Markt von erneuerbaren Energien politisch sabotiert wird (Förderungen laufen aus, bürokratische Hürden erschweren den Aufbau und Inbetriebnahme etc.) und der Strompreis somit konsequent an der teuerst möglichen Stromproduktion die wir haben, bestimmt wird

und vor allem die Gewinne von Konzernen in die Höhe getrieben werden. Das führt dann zu absurden Szenarien wie dem, dass die SWB in Bremen Strom zum Marktpreis von vor zehn Jahren produziert, eine ausgelagerte Gesellschaft der SWB den Strom zur Versorgung der Kunden an der Börse für die viel höheren Preise zurückkaufen muss und entsprechend teuer an die Verbraucherinnen weitergibt. Gewinner ist die SWB und angeschmiert alle, die hofften lokal günstig erzeugten Strom beziehen zu können.

Scheitern des Marktes

Offenkundig wird hier auch, wie wenig das System des freien Markts funktioniert. Statt einer Konkurrenz, die Preise nach unten drücken würde, – wie es uns von der Politik verkauft wurde – ist ein System entstanden, bei dem die Preise systematisch und von der Politik befeuert, nach oben getrieben werden.

Hier zeigt sich auch wieder einmal ein völlig falsches Verständnis von Monopol und Liberalismus und vor allem wie

mit den Folgen umzugehen ist. Während es pragmatisch und einfach ist, wenn regional Ansässige Stromerzeuger die umliegenden Städte, Haushalte, Betriebe direkt mit Strom versorgen, ohne dass die Börse als Zwischenhandelsplatz eingeschaltet wird, sollte dieses „Monopol“ gebrochen werden, um einen „freien Markt“ zu schaffen. Real ist dieser freie Markt aber ein Zusammenschluss von Unternehmen, die deutschlandweite Preissteigerungen durchgesetzt haben und weiter durchsetzen. Getauscht wurde das pragmatische Monopol gegen das Oligopol (einige Wenige die den Markt beherrschen), welches nur zur Erhöhung der Gewinne existiert. So steigen die Strompreise seit über 20 Jahren kontinuierlich. Und verkauft wurde uns das Ganze als Fortschritt.

Re-Kommunalisierung

Das Energiewirtschaftsgesetz muss dahingehend reformiert werden, dass die Produzenten den Strom nicht mehr an der Börse verkaufen dürfen (die Börse also aufgelöst wird), sondern direkt an die Verbraucher zu den Produktionskosten abgeben – alles auf einer regional begrenzten Ebene. Das erzeugt natürlich regionale Unterschiede, weil in manchen Gegenden günstig und in anderen weniger günstig Strom produziert wird. Hier kann politisch gegengesteuert werden indem man 1. den Verkaufspreis an den günstigst produzierten Strompreis bindet und dies ggf. subventioniert, 2. die erneuerbaren Energien massiv ausbaut und fördert.

Gerade Solarenergie kann problemlos und ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen wie bei der Windkraft weiter

ausgebaut werden, einzig: die Menschen brauchen das Geld um diese anzuschaffen. Hier müsste Politik auch ansetzen.

Perspektivisch würde es gelten, die lokalen Energieproduzenten unter lokale demokratische Kontrolle zu stellen, Bedürfnisse der Region zu erfassen, zu bedienen und mögliche Überschüsse an Regionen solidarisch abzugeben, die eine schlechtere Versorgungslage haben. Es kann nicht überall ein Kraftwerk stehen, das ist auch nicht nötig und in Zukunft sollten es eigentlich noch viel weniger werden. Aber bis der Weg zu einer wirklichen Energiewende abgeschlossen ist, wäre eine demokratisch-lokale Verwaltung der Stromproduktion und -abgabe dem Börsenmodell vorzuziehen. Außerdem gelingt eine grüne Wende mit Sicherheit schneller, wenn ihr nicht die Profitinteressen von Konzernen im Weg stehen.

Warum Sozialismus und Selbstverwaltung?

Frei nach Bertolt Brecht definieren wir den Sozialismus nicht als das Äußerste, sondern als das Geringste, was wir zum Überleben brauchen. Sehen wir uns diese Welt an und wie sie funktioniert, stellen wir schnell fest, dass sie nicht funktioniert.

Ganz gleich wohin wir blicken, nach Deutschland, Amerika, Syrien oder die Westsahara – Menschen leiden. Sie mögen unterschiedlich leiden, unter verschiedenen Bedingungen, verschieden ausgeprägt, verschieden schlimm, aber sie leiden. Es ist das verbindende Ele-

ment jeder derzeitigen Gesellschaft, dass sie von einer Minderheit regiert, von Mächtigen beherrscht und ausgebeutet wird. Empfanden wir es in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vielleicht nicht als Ausbeutung und Unterdrückung – wir hatten genug zu Essen, wir haben Demokratie – zeigt sich in der Krise, dass das Prinzip der wirtschaftlichen Ausbeutung wirklich überall das Gleiche ist.

Die parlamentarische Demokratie ist die Regierungsform bei der die Macht von den Menschen ausgehen soll – selbst wenn sie das tun würde, sie bliebe nicht bei ihnen. Wir treten sie ab, an eine Kaste die in Verbund mit der Wirtschaft uns gegen unsere Interessen regiert. Die uns spaltet und auseinandertreibt – weil wir so einfacher zu beherrschen sind.

Da wird uns eingeredet, die Energiewende würde unsere Arbeitsplätze gefährden – kein Wort davon, dass wir diese Arbeit für Konzerne verrichten, die uns ausnutzen und erst recht nicht, dass wir genau so gut alle wiederum am Aufbau neuer Infrastruktur arbeiten könnten. Wir könnten. Aber so, wie es organisiert wird, läuft es darauf hinaus uns überflüssig zu machen. Die Energiewende wird so zum elitären Projekt, das Arbeitsplätze frisst. Das ermöglicht zum einen unsere Ressourcen weiter zu vernichten, zum anderen viel zu langsam doch noch neue Infrastruktur aufzubauen. Das Ziel ist klar: möglichst viel Geld verdienen.

Überhaupt ist das die einzige Maxime nach der Wirtschaft und Politik organisiert sind: Geld verdienen. Und sie zwingen uns, uns auch danach zu richten, weil man in dieser Welt ohne Geld nichts ist, nichts sein kann.

Unter Sozialismus verstehen wir, dass wir gemeinsam als Gesellschaft nach etwas anderem Streben als Geld: nach unserem gemeinsamen Wohl. Nach Glück und Sicherheit für uns und unsere Freunde und Familien. Wir wollen zusammen miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Wir wollen uns als Gleiche treffen, als Freunde, Nachbarn und Kollegen. Nicht als Chef und Untergebener.

Das ist Sozialismus!

Um diese Form von Sozialismus zu verwirklichen brauchen wir keine Politiker, keine Parteien und keinen Staat. Wir wollen nichts von der DDR haben. Sie war nicht sozialistisch, dort wurden die Menschen von den Parteibonzen unterdrückt. Wir wollen keine Parteibonzen.

Wir können das nur erreichen, wenn wir uns zusamm tun, uns gegenseitig ernst nehmen und uns auf Augenhöhe begegnen. Wenn wir nicht zulassen, dass andere sich über uns erheben und uns Befehle erteilen. Wir sind selbst die Experten für unser Leben, für unsere Nachbarschaft und vor allem für die Betriebe in denen wir arbeiten. Politiker, Manager und wie sie sich auch immer nennen mögen, wir brauchen sie nicht.

Wir müssen neue Formen finden, in denen wir zusammenkommen uns koordinieren, absprechen und gemeinsam herausfinden, was das Beste für uns ist. Räte auf allen Ebenen, in der Nachbarschaft und im Betrieb und wo wir sonst noch beieinander sind, wären eine mögliche Form. Versuchen wir es.

„Zum Umsturz aller bestehenden Ordnung aufzurufen, scheint furchtbar. Aber das Bestehende ist keine Ordnung.“

Bertolt Brecht



Entlastungspakete für Konzerne

Sämtliche Maßnahmen die bisher vom Staat umgesetzt wurden und auch die geplanten, um die Preiserhöhungen angeblich abzumildern, zielen in Wahrheit darauf ab, die Gewinne der Konzerne weiter in die Höhe zu treiben. Auch das viel diskutierte „dritte Entlastungspaket“ ändert daran nichts!

Das **9-Euro-Ticket** hat zwar einen massiven Vorteil für viele Menschen gebracht, da es erstmals seit Jahren den ÖPNV wieder leistbar gemacht hat, doch lief es zu Ende August aus. Finanzminister Lindner reagierte herablassend auf die Forderungen einer Verlängerung bzw. einem günstigen Nachfolgeticket und sprach von einer „Gratismentalität“ die ihn nerve. Wer sich den Porsche und die Hochzeit auf Sylt leisten kann, den störte natürlich auch nicht die Ankündigung des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dass die Ticketpreise ab September überproportional angehoben werden sollten. Trotz der kurzweiligen Verbesserung für viele Menschen, ist das 9-Euro-Ticket wohl eher ein Geschenk für die Tourismusbranche gewesen, um nach den Umsatzeinbrüchen durch Corona, weitere Einbußen abzufedern und Menschen anzuregen, in Urlaub zu fahren. Das wird mit den viel diskutierten möglichen Nachfolgemodellen zu kaschieren versucht. Doch egal ob es nun 49,- oder 69,- Euro werden – es schließt wiederum alle Menschen aus, die arm sind. Wer sich jetzt bereits zu diesen übersteuerten Preisen ein Monatsticket im regionalen Verkehrsverbund leisten kann, wird sich freuen, wenn es über diese Grenzen hinausgehen sollte. Für die meisten Menschen ist ein Monatsticket für 50€ aber schlicht zu teuer – egal wie weit sie damit fahren können.

Der **Tankrabatt** war ein weiteres Geschenk an die Konzerne. Bei der vorübergehenden Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe wurde darauf vertraut, dass die Ölkonzerne diese Steuersenkung an die Verbraucher weitergeben würden. Nur, warum sollten sie? Es gibt

kein Instrument um sie zu zwingen und so behielten sie den übergroßen Anteil einfach ein und steigerten den Profit, die Spritpreise wurden nur minimal abgesenkt.

Die **Energiepreispauschale** entpuppt sich bei genauerem Hinschauen ebenfalls als schlechter Witz. Alle die versicherungspflichtig arbeiten, haben mit ihrem Septemergehalt 300,- € mehr bekommen, allerdings brutto. Das heißt, das Geld musste noch versteuert werden. Im Schnitt kamen so 193,- € bei den Leuten an. Wer in einem Mini-Job arbeitet, muss einen extra Antrag stellen und wer eine Rente bezieht, dem wird es beinahe unmöglich gemacht, die Pauschale zu bekommen. Sie war auch von Anfang an nur Feigenblatt um die verdeckten Subventionen der Energiekonzerne zu decken.

Die geplante **Gasumlage**, mit der ganz unverhohlen eine Umverteilung von unten nach oben stattfinden sollte, wurde nach allzu großer öffentlicher Empörung gekippt. Nun greift die Regierung auf die Masche der **Mehrwertsteuersenkung von Gas** zurück um den Konzernen mehr Geld zuzuschieben. Statt 19 müssen jetzt nur noch 7% Steuer auf Gas gezahlt werden. Wieder sollen wir darauf vertrauen, dass die Steuersenkung eins zu eins an uns weitergegeben wird. Statt die Einnahmen direkt wieder an die Menschen zurückzahlen oder einen Zwang zur Weitergabe der Steuersenkung zu implementieren, gibt man den Weg zur weiteren Gewinnsteigerung der Gaskonzerne frei.

Die **Verstaatlichung von Uniper**, der als maroder Gaskonzern gerettet werden soll, ist auch nichts weiter als eine massive Umverteilung zu Gunsten der Reichen, denn wenn der Staat sich massenhaft an einem Konzern beteiligt (wie z.B. kürzlich bei der Lufthansa), tut er das mit Steuergeld – mit unserem Geld. Egal ob durch eine Gasumlage, Steuersenkungen oder andersartigen Finanzspritzen, es läuft auf einen großen Geldregen bei Konzernen hinaus.

Wie Lindner hingegen Geringverdiener verhöhnt, zeigt sich auch, wenn er po-

saunt, sein geplanter **Inflationsausgleich**, käme ihnen zu Gute. Er behauptet allen Ernstes, würden die Löhne angehoben, würden wir Arbeiter darunter leiden, weil wir in einen höheren Steuertarif kämen. Seine Steuerpläne um die Inflation auszugleichen, begünstigen aber explizit denjenigen mit einem höheren Einkommen und damit auch in den entsprechenden Steuertarifen. Wer 20.000 Euro im Jahr versteuern muss, bekommt 115,- € durch seinen Inflationsausgleich, wer 60.000 Euro versteuert, bekommt 471,- €. Wo stünden wir denn bei höheren Löhnen schlechter da?

Groß angekündigte Entlastungen wie die **Gaspreisbremse** sind bisher nichts als leere Worte. Bisher gibt es noch keinen Plan, wie diese aussehen soll. Dass sie aber bereits jetzt in der EU für Empörung sorgen, lässt absehen, dass sie ein zahnlöser Tiger bleiben wird, der uns ein paar magere Euros mehr pro Monat belässt, von denen wir zwar nicht besser leben könne, aber den ach so schöne soziale Frieden wahren sollen.

Völlig unzureichende **Einmalzahlungen** sind bisher als einzig konkrete Entlastungen neu angesetzt. 200 Euro für Studierende, 300 Euro für Rentner, das ist es dann auch schon wieder gewesen. Sie sind wie die geplante Einführung vom **Bürgergeld**, dessen Satz ganz 50 Euro über dem Hartz IV Satz liegen soll, oder die Erhöhung des Kindergelds um großzügige 18 bzw. 21 Euro, lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie sollen uns davon ablenken, dass der Löwenanteil dieser „Entlastungen“ nicht für uns – für die Arbeiter und Arbeiterinnen, für die Geringverdienenden, für die Bezieher von Hartz IV, für die Armen, für die Ausgebeuteten, für die Studierenden, für die Rentner – gedacht ist, sondern einzig und allein darauf abzielen, die Profite von Großkonzernen in die Höhe zu treiben. Das geschieht, indem man uns direkt – wie bei der Gasumlage – oder indirekt – wie über Steuerbegünstigungen – in die Taschen greift. Nur, irgendwann gibt es bei uns nichts mehr zu holen. Was dann?



Organisiert Euch – gegen Krise und Preiserhöhungen!

Arbeit

Wenn ihr an eurem Arbeitsplatz aktiv werden wollt, könnt ihr euch an die *Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union* (FAU) wenden. Sie ist eine basisdemokratische, anarchosyndikalistische Gewerkschaft für Lohnabhängige aller Branchen und in vielen größeren Städten vertreten.

www.fau.org

Die *Industrial Workers of the World*, 1905 in den USA gegründet, ist eine weltweite agierende Basisgewerkschaft, mit mehreren Ablegern in Deutschland.

www.wobblies.org

Bei der *Aktion gegen Arbeitsunrecht* könnt ihr Ungerechtigkeiten im Betrieb melden und bekommt auch Unterstützung um dagegen vorzugehen.

www.arbeitsunrecht.de

Nachbarschaft

Es gibt einige gut vernetzte und organisierte Nachbarschaftsbewegungen, mit denen ihr euch gemeinsam gegen die Krise organisieren könnt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit hier ein paar Beispiele:

Berlin

www.kiezkommune.noblogs.org

Bremen

www.solidarisch-in-groepelingen.de

Hamburg

www.st-pauli-selber-machen.de

www.wiso.noblogs.org

Magdeburg

www.kiezkommune.noblogs.org

Münster

www.bfsolidarisch.blackblogs.org

Nachrichten

Bleibt auf dem Laufenden, was Arbeitskämpfe, Proteste und soziale Bewegungen angeht. Die anarchosyndikalistische Internetzeitung *Direkte Aktion* berichtet regelmäßig.

www.direkteaktion.org

Neuigkeiten, Analysen und Hintergründe aus dem klassenkämpferischen Anarchismus findet ihr auf dem Internetportal *anarchismus.de*.

www.anarchismus.de

Die Monatszeitung *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* berichtet über aktuelle Kämpfe.

www.express-afp.info

Analysen und Berichte, wie auch seltene Einblicke in internationale Arbeitskämpfe findet ihr bei der Zeitschrift *Wildcat*.

www.wildcat-www.de

Kampagnen gegen die Preiserhöhungen

In vielen Städten haben sich bereits Bündnisse formiert um gemeinsam gegen die Preiserhöhungen auf die Straße zu gehen. Wenn es in Deiner Stadt noch keins gibt, wende Dich an die lokalen Gewerkschaften oder organisier Dich in der Nachbarschaft.

Bündnisse formiert um gemeinsam gegen die Preiserhöhungen auf die Straße zu gehen. Wenn es in Deiner Stadt noch keins gibt, wende Dich an die lokalen Gewerkschaften oder organisier Dich in der Nachbarschaft.

Berlin

t.me/sozialproteste (Telegram)

Frankfurt am Main

preise-runter.org
ebbelangts.org

München

buendnis-socialpeace.de

Bremen

preise-runter.org

Freiburg

preise-runter.org

Tübingen

preise-runter.org

Darmstadt

t.me/scheisssteuer (Telegram)

Halle

genug-ist-genug-halle.de

Trier

preissteigerungen.wordpress.com

Dortmund

instagram.com/preise_runter_dortmund

Ingolstadt

inisozialefrage.de

Überregional

wirsagengenug.de

Düsseldorf

t.me/tascheleerschnauzevoll

Karlsruhe

solidarischeperspektiven.wordpress.com

werhatdergibt.org

nichtaufunseremruecken.noblogs.org

9eurofonds.de

mietenstopp.de

Erfurt

nicht-mit-uns.org

Mainz

instagram.com/wirsagengenu.mainz

mietenwahnsinn.net

ichbinarmutsbetroffen.org

nichtaufunseremruecken.noblogs.org

Über diese Zeitung

Mit dem vorliegenden Projekt *Sozialismus und Selbstverwaltung*, unserem dissensorientierten Bulletin, möchten wir nicht nur unsere Genossinnen und Genossen, sondern auch alle anderen Menschen der arbeitenden Klasse erreichen. Es soll zu aktuellen Themen informieren und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Das Bulletin ist kostenlos und kann ab 5 Exemplaren geordert werden. Bitte bestellt nur so viele Exemplare, wie auch realistisch verteilt werden.

Mehr Infos zu und über uns unter

www.tsveyfl.de

Bestellung des Bulletins und Kontakt

tsveyfl@gmail.com

Impressum

Redaktion Tsveyfl
c/o Buchladen Le Sabot
Breite Straße 76
D - 53111 Bonn
V.i.S.d.P.: Frederik Fuß

DIE
PREISE
STEIGEN
NICHT,
SIE
WERDEN
ERHÖHT.